

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: F 7. Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 128 A

BERLIN • Freitag, den 3. Juni 1932

1. JAHRGANG

Opium für das Volk.

Reichstagsauflösung so gut wie sicher. / Einigkeit für den Sturz.
Zerrissenheit beim Bessern.

W-er. Herr VON PAPAN und einige seiner Ministerkollegen sind inzwischen von HINDENBURG ausdrücklich ernannt worden. Die Parteien haben zu den neuen Leuten Stellung genommen, und es kann wohl als sicher gelten, daß die vordringliche Gruppe der Leute, deren engere Klassengenossen nicht zuletzt auch Deutschlands politisches und ökonomisches Unglück mit verschuldet haben, von den einigermaßen linken Vertretern des deutschen Volkes abgelehnt wird. Bei den Kommunisten war das selbstverständlich. Inzwischen hat auch die Reichstagsfraktion der SPD erklären lassen, daß sie entschlossen sei, gegen die Absichten der neuen Regierung den Kampf zu führen, und daß sie

„der sich bildenden Regierung mit schärfstem Mißtrauen gegenübersteht und daraus alle parlamentarischen Konsequenzen ziehen wird.“

Zentrumsfraktion des Reichstages veröffentlicht eine ungeschliffen scharfe Kampfansage, die um so beachtlicher ist, als der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der Prälat KAAS, infolge eines alten Magenleidens die Möglichkeit hat, die schriftliche Kampfansage der Beschlüsse der Zentrumsfraktion etwas zu verzögern und also reiflicher zu überdenken. Offenbar ist das Zentrum gereizt durch die nationalistische Clique:

„Unmittelbar vor zehnjährig vorbereiteten internationalen Verhandlungen haben leichtfertige Intrigen verfassungsmäßig unverantwortlicher Personen hoffnungsvolle Linien einer im großen Zusammenhang eingeleiteten Aufbaupolitik jäh unterbrochen und den wirtschaftlichen und sozialen Existenzkampf aller Gruppen des deutschen Volkes wesentlich erschwert. Aus solcher Ueberzeugung heraus lehnt die Zentrumsfraktion die Zwischenlösung ab.“

Die katholische „Kölnische Volkszeitung“, unabhängiger von Herrn VON PAPAN als die „Germania“, vergißt geradezu alle Lehren der guten Kinderstube. Ihr Leitartikel sagt im wesentlichen: „Sturz des Kabinetts PAPAN. Für Treppentritte entfesselter Generale kann sich das Zentrum niemals hergeben. Wir schreiben doch nicht den 1. April, sondern den 1. Juni. . . Wir können Herrn VON PAPAN nicht die Bitterkeit ersparen, das Portefeuille als Reichskanzler von SCHLEICHERS Gnaden zu verlieren.“

Der Berliner Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“ verrät deutlich, worüber das Zentrum so vorärget ist. Es erblickt in der Wahl des Herrn VON PAPAN den Versuch, einen

Keil in die Zentrumsfraktion hineinzutreiben,

einen Versuch, der sicher geplant ist; denn auch der neuernannte Minister Freiherr von ELTZ-RÜBENBACH soll der Zentrumsfraktion nahestehen. Die Lage des Zentrums ist wirklich nicht beneidenswert, allerdings diesem ausgekochten jesuitischen Gremium gerissener Politiker zu gönnen. Es hat jetzt die Wahl: in die Opposition zu gehen, aber dadurch den Anschluß an die gerade herrschenden Kräfte etwas zu verlieren, oder aber: mitzumachen und damit seinen Einfluß auf die Arbeiterschaft und die christlichen Gewerkschaften außerordentlich zu gefährden. Es hat sich, wie gesagt, entschieden, von Herrn VON PAPAN abzurücken. Daß das Zentrum dabei weniger von Parteinteressen geleitet ist als andere Leute, daran glauben wir nicht sehr.

Aber immerhin: Der Reichstag sieht in seiner Zusammensetzung so aus:

KPD 77, SPD 143, Staatspartei 20, Zentrum 68, BVP 19 Sitze. Das sind zusammen 327 Sitze von insgesamt 577.

Das Mißtrauensvotum dieser Gruppen genügt also, Herrn VON PAPAN parlamentarisch zu erledigen.

Damit rechnet dieser offenbar und plant für diesen Zweck wohl die Auflösung des Reichstages. Nach dieser Aktion stehen die Opponenten gegen PAPAN leider nicht so einig da wie vorher. Die Deutsche Staatspartei hat durch Dr. WEBER und Dr. MEYER in einem ellenlangen Brief dagegen protestiert, daß das Kabinett PAPAN amtlich — als „Regierung der nationalen Konzentration“ bezeichnet wird, weil nämlich das deutsche Volk traurig sein müsse, wenn ihm dadurch quasi die nationale Gesinnung abgesprochen würde. Das sind die Sorgen der Demokraten!

Die Zentrumsfraktion ist als unversöhnliche Feindin von Freiheit und Sozialismus natürlich nicht in eine Kampffront mit SP und KP zu bringen.



Von Papen.
Der Chef.



Von Schleicher.
Das rührige Unterseeboot.



Von Gayl.
Der Innenminister.

F H Berlin, 2. Juni

Bisher sind folgende Posten des Kabinetts fest besetzt:

Reichskanzler: VON PAPAN.
Reichswehr: VON SCHLEICHER.
Finanzen: Graf VON SCHWERIN-KROSIGN.
Inneres: Freiherr VON GAYL.
Außeres: Freiherr VON NEURATH.
Ernährung und Landwirtschaft: Freiherr VON BRAUN.
Post und Verkehr: Freiherr VON ELTZ-RÜBENBACH.

Justiz: GÖRTNER.
Wirtschaft und Arbeit: WARBOLD.

Da GOERDELER vorläufig abgelehnt hat, das Arbeitsministerium zu übernehmen, wird es zunächst vom Wirtschaftsminister WARBOLD mitbetreut.

Die Vereidigung des neuen Kabinetts soll bereits heute nachmittag um 17.30 Uhr durch den Reichspräsidenten erfolgen. Eine halbe Stunde danach wird die erste Sitzung des neuen Kabinetts stattfinden.

Papen und das Zentrum.

In einem längeren Schreiben wendet sich der Reichskanzler PAPAN an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, den Prälaten KAAS, um die Uebernahme der Regierungsbildung zu rechtfertigen. Er erklärt, daß die Sammlung der nationalen Kräfte, zu der er sich bereit gefunden habe, im Interesse des Wiederaufbaus Deutschlands erforderlich sei und in der Richtung der Politik BRÜNNINGS liege, die an einer andern Stelle die ihr zukommende Würdigung erhalten würde. Wenn er selber sich durch seinen jetzigen Schritt vom Zentrum entfernt habe, so hoffe er, durch sachliche Arbeit eine spätere Annäherung wieder anzubahnen.

Bleiben diese beiden selber. Was ihre Presse zu dem Kampf zu sagen hat, zeigt, daß keiner von beiden auch nur eine Ahnung dämmert von der Gefahr, in der die Arbeiterschaft schwebt. Sie kennzeichnen zwar das Kabinett PAPAN richtig als eine Ausgeburt noch schwärzerer Reaktion als BRÜNING sie verkörperte; aber die KPD bemüht sich hauptsächlich um den Nachweis: „Die SPD hat Euch dahin gebracht!“ Und die SPD versichert, daß es nötig sei, „auch die von Kommunisten und Nazis irreführten Teile der Arbeiterschaft in die Front der Sozialdemokratie . . . zurückzuführen“. Im übrigen verlangt die „Rote Fahne“, bar aller Selbstkritik: Die sozialdemokratischen Arbeiter (deren Führer sie gerade angepöbelt hat) haben jetzt mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern „die Pflicht, zusammenzustehen und zu kämpfen. Dann wird die feindliche Front aufgerollt.“

Diese geistvolle Feststellung, daß wenn alle Arbeiter zusammenstehen, die feindliche Front aufgerollt wird, ist der Höhepunkt des Leitartikels der „Roten Fahne“ gegen das Kabinett VON PAPAN. Wirklich auch nicht ein einziges Wort von einer Aenderung der selbstmörderischen Taktik der KPD.

Nicht ein einziges Wort auch nur der Besinnung gewidmet, ob nicht außer der SPD auch die KPD manches an ihrem Benehmen zu korrigieren hätte.

Die SPD versichert uns tröstlich: „Der alte Kampfgeist der Sozialdemokratie lebt! Für uns gibt es keinen Kleinmut

und keine Entmutigung!“ Und dann wird es bei ihr noch interessanter als bei der KPD: Dann kommt die alte Litanei und ein Glaubensbekenntnis, das sich von dem christlichen nur dadurch unterscheidet, daß es statt „ich glaube“ heißt: „Wir wissen!“

„Denn wir wissen: Die politische Krise Deutschlands ist nur eine Auswirkung der Weltkrise des kapitalistischen Systems. Vergebens sucht die Kapitalistenklasse Deutschlands beim Faschismus ihre Rettung. Alle Flickarbeit der kapitalistischen Helfer wird vergeblich bleiben. Der Umbau der veragenden Wirtschaftsordnung mit dem Ziel sozialistischer Gemeinwirtschaft ist zur Gegenwartsaufgabe gereift. Die Macht der Monopole muß gebrochen, der Einfluß des Staates auf Warenerzeugung, Warenverteilung, Bank- und Kreditwesen verstärkt werden. Besitz und Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand müssen erweitert werden, um die Grundlage für die Planmäßigkeit der Gemeinwirtschaft zu schaffen.“

Abgesehen von der umstrittenen Frage, ob es für den Sozialismus durchaus nötig ist, die Planwirtschaft einzuführen, entsteht hier gerade die Frage:

woher das tiefe Wissen der SPD. kommt, daß dies alles kommen muß.

Das muß nämlich so wenig kommen, daß — obwohl nach MARX alle Epigonen entgegen aller Erfahrung in kritikloser Nachbeterei dies angeblich gewußt haben — trotzdem die „Entwicklung“ das Gegenteil gemußt hat. Es muß zwar Frühling werden, das wird es auch ohne sozialdemokratische Literaten; aber es muß nicht besser werden. Es kann besser werden und es soll besser werden; aber dazu ist Vorbedingung, daß man den Menschen, die das mit Anstrengung und Aufopferung schließlich durchsetzen können, nicht im Augenblick der höchsten Gefahr einschläfernd vorplappert: der Feind suche vergeblich seine Rettung: „Alle Flickarbeit der kapitalistischen Helfer wird vergeblich bleiben.“ Solange solche verantwortungslosen Schreiber Arbeiterführer sind, wird der Kampf der Kapitalisten nicht vergeblich bleiben; denn ihr Gegner, die Arbeiterklasse, bekommt in der fatalistischen Lehre von dem „es wird“ und „es muß“ ein fatales Geschenk, das in seiner Wirkung dem ähnelt, das MARX wirklich erkannt und entlarvt hat. Auch das Evangelium des Entwicklungsglaubens ist

Opium für das Volk!

Litauen unter dem Faschismus.

Die Lage der Arbeiter.

Nach einer Mitteilung der Krankenkasse in Kowno verdienen ihre Mitglieder folgende Tageslöhne:

1 bis 4 Lit (0,40 bis 1,70 M)	15 546 Arbeiter
4 bis 6 Lit (1,70 bis 2,50 M)	9 981 Arbeiter
6 bis 8 Lit (2,50 bis 3,35 M)	8 614 Arb. u. Beamte
8 bis 10 Lit (3,35 bis 4,20 M)	1 701 Beamte
10 bis 12 Lit (4,20 bis 5,— M)	1 286 Beamte
mehr als 12 Lit (über 5,— M)	8 376 Beamte.

Die erste Stufe umfaßt sehr viele Arbeiterinnen, Dienstboten. Unter ihnen ist der Prozentsatz an Krankheiten wegen der ungünstigen Umstände und der mangelnden Kenntnisse am größten. 6 bis 8 Lit täglich erhalten nur sehr gute Facharbeiter, und die Zahl derer mit einem Lohn von 8 bis 10 Lit ist noch geringer.

Die Arbeiter in den Fabriken arbeiten 8 bis 9 Stunden täglich, in kleinen Werkstätten 10 bis 14 Stunden, die Beamten 6 bis 8 Stunden.

Der schlechten Lage der Staatsfinanzen wegen wurden in diesem Jahre die Beamtgehälter um 25 Prozent gekürzt (außer denen der Polizei und des Militärs).

Die Arbeitgeber hatten schon vorher versucht und versuchen es auch noch immer, die Löhne um 20 bis 40 Prozent herabzusetzen. In einigen Orten ist es ihnen gelungen; an anderen kam es zu Streiks.

Anfang Mai begann in einer großen Kownoer Sägerei ein Streik; bisher halten die Arbeiter solidarisch zusammen; man erwartet sogar eine Ausdehnung des Streiks auf alle Kownoer Sägereien.

Die Lage der Bauern.

In Laumakiai, Bezirk Gruzdziaj, wurde einem Bauern wegen einer Schuld von 120 Lit bei der Staatsbank das Pferd versteigert. Statt des regulären Wertes von 300 Lit brachte es ganze 5 Lit ein.

Als die Polizei das gleiche in Punkriai, Bezirk Birzal, versuchte, bewaffneten sich die Bauern mit Stöcken und Sensen und leisteten Widerstand. Vor dem Kriegsgericht wurden daraufhin zwei Bauern zu 3 und 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das litauische Bodengesetz wurde dahin geändert, daß wegen nichtbezahlter Bankschulden oder Steuern der Grundbesitz weggenommen und versteigert oder von einem Beamten verwaltet werden kann. Dabei ist die Verschuldung besonders in Nordlitauen wegen der Mißernte und der Hagelschäden im Jahre 1929 sehr groß.

Gleichzeitig wurde bestimmt: Aller Grundbesitz des verstorbenen Gutsbesitzers PUTVINSKIS, der seinerzeit unter die Kleinbauern aufgeteilt worden war, muß dessen Nachkommen zurückgegeben werden.

Dadurch wächst auch die revolutionäre Stimmung auf dem Lande.

Zuchthausstrafen für Schriftenverteilung.

Am 12. und 13. und am 18. und 19. November 1931 hatten die Kommunisten im Memelgebiet in großer Menge ihre verbotenen Zeitschriften „Ruf“, „Wahrheit“, „Kommunist“ und andere verteilt. Die Polizei verhaftete fünf Genossen. Am 11. Mai wurden sie vor dem Kriegsgericht in Schaulen verurteilt: je einer zu 4, 6 und 7 Jahren Zuchthaus, zwei zu 5 Jahren.

Studenten unter Kontrolle.

Anfang Mai wurde durch Anordnung des Rektors der Universität Kowno die Studenten-Vereinigung „Morgenröte“ verboten wegen des Verdachts, kommunistisch zu sein.

Die Vereinigung war erst im Jahre 1931 gegründet worden, und sofort hatten sich ihr 200 Mitglieder angeschlossen, so daß sie im Studentenrat gleich zwei Sitze erhielt. Es war bald zu Zusammenstößen mit den reaktionären Studenten gekommen.

Bemerkenswert ist, daß der Rektor auch ein „Sozialist“ ist, ein früherer Minister der vom Faschismus gestürzten demokratischen Regierung.

Militarismus und Christentum.

In allen litauischen Knabenschulen herrscht ein starker militärischer, und kirchlicher Geist. In jeder Klasse hängt ein Gewehr und ein Christusbild an der Wand. Wöchentlich finden an 2 bis 3 Stunden militärische Übungen mit Waffen statt, und die Schüler werden mit allen Zweigen der Armee bekannt gemacht. Im Monat Mai wurden an allen Schulen Manöver unter Leitung von Offizieren der Armee abgehalten.

Noch vor zwei Jahren gab es in vielen Schulen Gruppen der sozialrevolutionären Schülervereinigung „Ausruino“. Diese Organisation stammte noch aus den Tagen des Befreiungskampfes gegen den Zaren und wies zahlreiche Märtyrer auf. Unter der faschistischen Regierung wurde deren Zahl noch vermehrt. Die Organisation ist verboten. Nur noch die Pfadfinder dürfen in den Schulen werben.

Og. Tuka.

Ausland zum Kabinett von Papen.

Fast in allen Ländern ist der Grundton der Presseäußerungen das Urteil, daß man es in dem Kabinett PAPAN nur mit einer Übergangsregierung zu tun habe, die HITLER den Weg bereite.

Das halbamtliche italienische „Giornale D'Italia“ begrüßt den faschistischen Kollegen jubelnd. Es sei nun klar, daß man in Deutschland einer Herrschaft HITLERS entgegengehe, eine Entwicklung, die man mit freundschaftlicher Aufmerksamkeit und Wohlwollen verfolgen müsse. Ein sozial wiederhergestelltes Deutschland bedeute neben dem faschistischen Italien einen wertvollen festen Punkt gegen alle die verschiedenen auflösenden Richtungen in Politik, Finanz und Moral. — Ueber Moral müssen Faschisten besonders wachen!

Den Gegenpol zu diesem Willkommensgruß der Faschisten bilden begreiflicher Weise die französischen und polnischen Stimmen. Die rechtsradikalen Blätter ziehen aus dem Übergangscharakter des Kabinetts die Folgerung, daß es zu einer autoritativen Vertretung Deutschlands in Lausanne nicht geeignet sei. HERRIOT mahnt zur Kaltblütigkeit. „Petit Parisien“:

„Das neue Kabinett ist von jedem sozialistischen und liberalen Einfluß chemisch gereinigt.“

Auch englische Blätter fordern, daß Deutschland bald die wirklich Verantwortlichen vorschicke. Die liberale Zeitung „News Chronicle“: Der Mann, der Deutschland in Lausanne vertrete, müsse volle Autorität besitzen. Als Nachfolger für BRÜNING komme nur ADOLF HITLER in Frage.

Die dänische Zeitung „Berlingske Tidende“ hält die Situation auch jetzt schon für hinreichend geklärt. Sie meint, das neue Kabinett habe jedenfalls den Vorzug, daß

eines der rührigsten Unterseeboote der deutschen Politik an die Oberfläche gekommen sei.

Gegen Zollmauern und Finanzkrisen.

Vorschläge für die Weltwirtschaftskonferenz.

Der Plan der Weltwirtschaftskonferenz wird gegenwärtig von den offiziellen englischen und amerikanischen Instanzen vorbereitet und bearbeitet.

Das amerikanische Staatsdepartement und das Schatzamt stellen Aufgaben der Konferenz zusammen: Niederreißung der Zollmauern, dadurch Verbesserung des normalen Welthandels und Stabilisierung der Rohstoffpreise; Vorzugshandels-Verträge gewisser Ländergruppen. Wie die Telegraphen-Union meldet, soll ferner die Frage der Zentralbanken aufgeworfen werden, die in Krisenzeiten die Golddeckung anderer Länder angegriffen und dadurch die Panik vergrößert haben. Wenn sich diese Meldung bestätigt, so bedeutet sie einen scharfen Angriff in erster Linie gegen die Bank von Frankreich, die mehrfach durch Goldabzüge von ausländischen Zentralbanken auf die betreffenden Länder (Deutschland, England USA) einen politischen und wirtschaftlichen Druck ausgeübt hat.

Der amerikanische Botschafter in London traf am Dienstag mit dem französischen, dem italienischen und dem amerikanischen Botschafter über die geplante Konferenz. Daraufhin fanden Beratungen im Kabinett, ein Telefongespräch mit MAC DONALD und am Mittwoch eine Aussprache im Unterhaus über das gleiche Thema statt.

Die Hoffnung der englischen Regierung, Amerika bewegen zu können, wenigstens zu dem letzten Teil der Lausanner Konferenz Vertreter zu entsenden, die an der Beratung über allgemeinere wirtschaftliche Fragen teilnehmen könnten, ist endgültig gescheitert. Der englische Plan, diese Fragen in Lausanne überhaupt zur Sprache zu bringen, verliert dadurch seinen Sinn, und das Hauptinteresse der Regierung und der englischen Presse scheint sich damit von Lausanne weg der neu geplanten Konferenz zuzuwenden.

Die belgische Kammer sprach der Regierung mit 101 gegen 73 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen ihr Vertrauen aus. Die Sozialisten und die nationalistischen Flamen stimmten gegen den Vertrauensantrag.

NSJAP / Nationalsozialismus in Japan.

c Tokio, 1. Juni.

In einer Versammlung am Dienstagabend wurde die japanische Nationalsozialistische Partei gegründet, die den Namen Chionto trägt. Zum Generalsekretär der Partei wurde der Führer der Bewegung, AKAMATOU, gewählt.

Das Programm der Partei ist klar: Bekämpfung des Marxismus und „Einigung“ des japanischen Volkes. Der Boden dafür ist durch die zur „Einigkeit“ mit den Militaristen auffordernden Schlüsse auf INUKAI gut vorbereitet.

Eine sichere Methode: Wer Angst hat, ermordet zu werden, kommt in die Arme der Einheitsnationalisten; wer das für unter seiner Würde hält, wird erschossen.

Vor der Regierungsbildung in Frankreich.

Am Mittwoch trat die neugewählte französische Kammer zu ihrer ersten Sitzung zusammen, die sich aber auf eine formelle Eröffnung und eine Gedenkfeier für DOUMER beschränkte. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt; dann soll zunächst der neue Kammerpräsident gewählt werden.

Da überlieferungsgemäß der Präsident der Republik von der Bestimmung des Ministerpräsidenten die Präsidenten der Kammer und des Senats empfängt, so werden die offiziellen Beratungen für die Regierungsbildung frühestens am Freitag beginnen.

Hoffentlich gilt: HERRIOT natürlich länger als Ministerpräsident, auch das Außenministerium wird es voraussichtlich übernehmen. Man rechnet damit, daß das Kabinett fast ausschließlich von Radikalsozialisten gebildet werden wird.

Der deutsche Botschafter von Hoesch stattete am Mittwoch HERRIOT seinen Besuch ab. Man vermutet, daß er ihn über die neue Regierung in Deutschland und deren voraussichtliche Haltung in Lausanne unterrichtet hat.

Der Sozialistenkongreß in Paris hat am Mittwoch mit der folgenden Erklärung geschlossen: „Der Kongreß nimmt Kenntnis von der Antwort, die HERRIOT gestern auf seinen Vorschlag erteilt hat, und von der Tagesordnung, die von dem Vollzugsausschuß der Radikalsozialisten angenommen worden ist. Der Kongreß stellt fest, daß die Besprechungen abgeschlossen sind, für die die Tagesordnung des Sozialistenkongresses den Ausgangspunkt gebildet hatte.“

Die Verhandlungen über die Regierungsbeteiligung der Sozialisten ist damit endgültig gescheitert.



PORGY.

Ein Neger-Roman von du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knauer, Nachfolger Verlag, Berlin.)

(36. Fortsetzung.)

Tiefer und tiefer sanken sie, immer niedrigere Kreise zogen sie, bis sie schließlich die Häuser am Meeresufer mit ihren düsteren Schwingen zu streifen schienen. Allmählich schlossen sie sich dichter zusammen zu einem engen Kreis, der eine Postenkette in der Luft über einer Gesalt zu bilden schien, die in der steigenden Flut lag, dicht an der Straße, die nach der Haifischgasse führte.

Plötzlich löste sich aus dem schwingenden Kreis ein Vogel, schoß nieder und näherte sich ungeschickt hüpfend dem Gegenstand. Einen Moment lang maß er ihn kühl mit gierigen Blicken, dann flog er zu seinen Kameraden zurück. Eine Minute später fiel der ganze Schwarm auf die Gestalt ein, die von schlagenden Flügeln verdeckt wurde und von schwarzen Leibern, die unbeholfen hüpfend dem Mittelpunkt der Gruppe zustrübten.

Ein Neger, der unter einem umgestülpten Boot geschlafen hatte, erwachte und rieb sich die Augen. Dann sprang er auf, griff nach einem Ruder und jagte die Vögel mit wilden Schlägen davon.

Er beugte sich über den Gegenstand, wandte sich dann ab und rannte der Straße zu. Seine Augen waren vom Schrecken verdreht, so daß man in ihnen nur das Weiße sah.

„Um Gottes willen!“ schrie er. „Kommt schnell, Leute — da draußen liegt Crown — tot im Wasser!“

Drei Weiße standen zusammen vor dem Leichnam. Einer von ihnen war der Zivildetektiv mit Knebelbart und Stock, der damals den Mord an Robbins untersucht hatte — der zweite ein uniformierter Schutzmann. Der dritte, ein starker, behäbiger, beugte sich über den Körper nieder, um ihn zu untersuchen.

„Was halten Sie davon, Leichenbeschauer?“ fragte der Mann in Zivil.

„Er hat einen Messerstich zwischen der fünften und sechsten Rippe, der offenbar direkt ins Herz getroffen hat!“

„Das mußte ja mal so kommen!“ meinte der Detektiv.

„Man hat mir nämlich gesagt, daß es Crown ist — wissen Sie, der Nigger, der im vergangenen April Robbins umgebracht hat. Jedenfalls müssen wir uns als Ausgangspunkt für unsere Untersuchung an die Witwen halten. Hennessy hat mir übrigens erzählt, daß die eine im August wegen Koksens verhaftet worden ist. . . Sie wohnt auch drüben in der Gasae — wir werden mal rüber gehen und sie uns vornehmen.“

Der Leichenbeschauer sah mißtrauisch nach dem wenig einladenden Gebäude jenseits der Straße hinüber.

„Der Leichnam kann aber auch sehr gut angespült worden sein!“ sagte er vorsichtig. „Wir haben jetzt Flut.“

„Trotzdem will ich mir die beiden Weiber mal näher ansehen. . . Nichts als Schwindler haust da drüben! Vielleicht finde ich was, das eine Schließung wegen Gefahr für die Allgemeinheit rechtfertigt, damit man das ganze Pack auf die Straße setzen kann!“

Dann wandte er sich an den Polizisten mit dem Befehl: „Holen Sie den Wagen und schaffen Sie die Leiche fort — aber kommen Sie gleich wieder zurück, denn es wird wohl ein paar Verhaftungen geben. Inzwischen wollen wir, der Leichenbeschauer und ich, mal ein bißchen drüben nachsehen.“

Er wandte sich der Gasse zu und forderte in anmaßendem Ton den anderen auf, ihm zu folgen. Der Leichenbeschauer schüttelte sich und schloß sich ihm nur mit offensichtlichem Widerwillen an.

„Na gut!“ sagte er schließlich. „Ich brauche ja auch ein paar Zeugen, die die Leiche nachher identifizieren können.“

Jenseits der Straße erhob sich ein kleiner Negerbub, der an einem der Torpfeiler gekauert hatte, und stürzte durch den Eingang davon.

Als die beiden Weißen einen Augenblick später den Hof betraten, war er vollkommen menschenleer. Hart klang der Tritt ihrer Absätze auf den Fliesen und hallte von den Mauern wider.

Ein Köter, der schlafend in der Sonne gelegen, fuhr plötzlich auf, sah sich verängstigt um, bellte erschrocken und verschwand eiligst in einer Tür.

Der Leichenbeschauer musterte unbehaglich die Umgebung, die offenbar durchaus nicht nach seinem Geschmack war.

„Wohin gehen wir eigentlich?“ fragte er.

„Das da drüben ist das Zimmer der Witwe, wenn sie nicht inzwischen umgezogen ist!“ sagte der Detektiv. „Da wollen wir mal einen Blick reinwerfen!“

Da die Tür nicht eingeklingelt war, stieß er sie auf und trat ohne anzuklopfen ein.

Das Zimmer war klein, aber von peinlicher Sauberkeit. Unter einer geflickten, weißen Stoppdecke konnte man im Bett die Umrisse einer Frau erkennen, neben der in tiefem Schweigen zwei andere saßen.

Die Gestalt unter der Decke stöhnte.

„Laß das Gekitze!“ befahl der Detektiv. „Du mußt mir ein paar Fragen beantworten!“

Das Stöhnen hörte auf.

„Wo bist du gestern und in der vergangenen Nacht gewesen?“

Serena antwortete langsam, als ob ihr das Sprechen große Mühe mache:

„Seit drei Tagen und Nächten lieg' ich hier krank im Bett.“

„Wir sind die ganze Zeit über bei ihr gewesen und haben sie gepflegt!“ antwortete eine der Frauen, und die andere fügte hinzu:

„Bei Gott — das ist die Wahrheit!“

„Könnt ihr das beschwören?“ fragte der Leichenbeschauer.

Drei Stimmen antworteten im Chor:

„Ja, Herr — das beschwören wir!“

(Fortsetzung folgt.)

Krise und Verzweiflung. Abbau — Fehlbeträge — Ueberfälle.

3300 Arbeiter vor der Entlassung.

Infolge weiteren Rückgangs der Produktion haben jetzt wieder mehrere polnisch-ostoberschlesische Eisenwerke Anträge auf Genehmigung von Arbeiterentlassungen eingereicht. So wollen Ferrum A. G. und Andalusien-Grube je 500 Arbeiter entlassen. Die Giescho A. G. hat die völlige Stilllegung der Bleischarley-Grube in Birkenhain beantragt. Die Grube beschäftigt gegenwärtig wieder 2000 Arbeiter.

Verschiedene Werke haben am Dienstag durch Anschlag bekanntgemacht, daß sie nicht in der Lage seien, die Löhne und Gehälter zu zahlen. Die Kattowitzer A. G. hat nur 30 Prozent der Löhne ausgezahlt.

Die Kaliwerke der Gewerkschaften Siegfried-Giesen und Rössing-Barnton (Burbach-Konzern) sollen gegen Ende Juni bis auf weiteres stillgelegt werden. Die Werkleitung erklärt, der Maiabsatz liege 54 Prozent unter dem des Mai 1931. Die Werke hätten versucht, durch Einlegung von Feierschichten die Produktion dem zurückgehenden Absatz anzupassen, jedoch hätten alle Einschränkungen die Ueberfüllung der Lager nicht verhindern können. Der Regierungspräsident von Hildesheim hat die Stilllegung genehmigt. Aus dem Landkreis Hildesheim werden von der Stilllegung etwa 270 Mann betroffen.

Sparmaßnahmen von Eisenbahnverwaltungen.

(ITF) Im Jahre 1931 hat die holländische Eisenbahnverwaltung für Löhne und Gehälter 257,5 Millionen Gulden (450 Millionen Mark) weniger ausgegeben als im Jahre 1921. In der gleichen Zeit ist der Personalstand von 51 000 auf 40 500 zurückgegangen. Die Anzahl der geleisteten Zugkilometer ist hingegen um 68 Prozent gestiegen. Ein neuer Lohnabbau um 10 Prozent steht bevor.

In der Zeit vom Dezember 1930 bis zum März 1932 ist der Personalstand der deutschen Reichsbahn von 699 843 auf 606 497 zurückgegangen; mehr als 90 000 Arbeiter wurden also abgebaut. Im Jahr 1931 wirtschaftete die Reichsbahn dabei noch 670 Millionen Mark für Reparationen heraus.

In den Eisenbahnwerkstätten von Schneidemühl wurde 300 Arbeitern gekündigt. Die Anzahl der übriggebliebenen Arbeiter ist zu klein, um den zweckmäßigen Betrieb zu sichern; sodas die vollständige Schließung der Werkstätten voraussehen ist.

In der kanadischen Eisenbahn sind im Jahr 1931 die für Löhne ausgegebenen Summen um 14,9 Prozent, und zwar um 38 830 995 Dollar (gut 153 Millionen Mark) gesunken. Die Anzahl der Angestellten ist um 11,6 Prozent zurückgegangen. Der Personalstand ist gegenwärtig 130 802, das bedeutet im Verhältnis zum Dezember 1929 eine Verminderung um 70 258 Personen. 15 Prozent aller Bediensteten leisten Kurzarbeit.

Die englische London, Midland and Scottish Railway hat beschlossen, ihre Werkstätten in Newton Heath zu schließen.

Die polnische Regierung hat eine Herabsetzung der Löhne aller Staatsbediensteten ab 1. Juni angeordnet. Die Eisenbahner werden von einem Lohnabbau um 10 Prozent betroffen. Mit dem Jahre 1929 verglichen, sind die Eisenbahnerlöhne bisher um nicht weniger als 50 Prozent gesunken.

Die Löhne der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten in Marburg (Jugoslawien) wurden am 1. Mai mit der Rückwirkung vom 1. April um 5 Prozent herabgesetzt. Gegenwärtig „verdient“ ein qualifizierter Arbeiter 216,60 Dinar pro Woche (15,60 Mark).

1690 Millionen Defizit im Reich.

Die Bücher der Reichshauptkasse für das Rechnungsjahr 1931, das bis zum 31. März 1932 lief, sind am 31. Mai 1932 abgeschlossen worden. Der Abschluß ergibt als Gesamtfehlbetrag die Summe von 1690 Millionen Mark am Schluß des Rechnungsjahres 1931. In dieser Zahl sind die Fehlbeträge aus früheren Haushalten einbegriffen. Der Betrag setzt sich zusammen:

Rest des Fehlbetrages des ordentlichen Haushalts 1930 770 Mill. M
Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts 1931 449,1 Mill. M

Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts 1931 und früherer Rechnungsjahre 470,9 Mill. M
7 418 416 M Fehlbetrag weist der Haushaltsplan der Stadt Dresden auf (Ausgaben 145 458 727 M, Einnahmen 138 040 311 Mark).

Auch eine Krisenerscheinung.

München, 1. Juni.
Einem Postassistenten, der auf der Bayerischen Staatsbank einen Goldbetrag von 20 000 M abgehoben hatte, wurde von einem jungen Burschen die Aktentasche mit Inhalt geraubt. Als sich der Ueberfallene zur Wehr setzte, gab der Täter zwei Schüsse auf ihn ab und flüchtete auf seinem Fahrrad. Er wurde aber festgenommen.

s Frankfurt (Main), 27. Mai.

Als am Freitag der Oberpostschaffner MOHR das Hinterhaus Sandweg 27 betrat, erhielt er von einem Unbekannten mehrere Schläge mit einem stumpfen Instrument über den Kopf. Der Ueberfallene brach zusammen, worauf der Täter die Geldtasche des Beamten an sich riß. Als eine Frau, die den Vorgang beobachtet hatte, um Hilfe rief, warf der Räuber die erbeutete schwere Tasche des Geldbriefträgers über eine Mauer und entkam.

„Der Glaube läßt diese Menschen nicht verzweifeln!“

Und die Verzweiflung läßt sie wieder „glauben“!

H. Lm. Der Zufall will es, daß eine Arbeiter-Illustrierte und eine bürgerliche illustrierte Zeitung sich ziemlich zu gleicher Zeit mit dem Elend im Bayrischen Wald beschäftigten. Auch das bürgerliche Blatt muß zugeben, welch ungeheures Armut in diesem noch ziemlich unbekanntem Teile Deutschlands herrscht. Wir sehen Bilder, auf denen eine Arbeiterfamilie zum Mittag lediglich an einigen trockenen Kartoffeln knabbert, wie Menschen und Tiere in einem armseligen Raume zusammenhocken, von dem man nicht weiß, ob man ihn als Ziegenstall oder menschliche Behausung ansprechen soll. Wir sehen weiter, wie Kinder dicht zusammengepackt auf der Schultertreppe arbeiten, weil der einzige Lehrer des kleinen Dörfchens sieben Klassen unterrichten muß und nicht alle Kinder zugleich im Unterricht haben kann. Wenn eine bürgerliche Zeitung diese Bilder bringt, so muß das Elend wahrlich schon groß genug sein. Darin stimmen sowohl das Arbeiter- als auch das bürgerliche Blatt überein.

In einem wichtigen Punkte unterscheiden sich jedoch diese beiden Blätter. Während die Arbeiter-Illustrierte den Anschein erweckt, als ob die proletarischen Bewohner des Bayrischen Waldes allmählich zum Klassenbewußtsein erwachen und den Glauben an die alten Ueberlieferungen abstreifen, zeigt uns das bürgerliche Blatt eine zum Gebet versammelte Familie. Die Unterschrift zu dem betreffenden Bilde lautet: „Der Glaube läßt diese Menschen nicht verzweifeln.“

Wir fürchten, daß dieses Bild typischer ist für die geistige Haltung jener Menschen, die unter dem ungeheuren Druck der katholischen Kirche stehen. Das fürchten wir um so mehr, als wir erst vor kurzem durch einen Genossen hörten, daß sogar ehemalige Anhänger des kommunistischen Freidenker-Verbandes wieder in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückgekehrt sind, wenn auch nicht, weil sie etwas glauben, sondern weil sie etwas wußten:

daß sie dann Unterstützung bekommen würden.

Insofern ist also die Behauptung der Kirche, in diesem Fall des bürgerlichen Blattes, falsch, wenn es meint, die

Leute glaubten etwas. Aber daß diese überhaupt in den Reihen der Kirche stehen, wenn sie auch nur ihren Namen hergeben, mit deren große Zahl die Kirche dann Reklame machen kann, das allein genügt schon, um der Kirche einen ungeheuren Einfluß zu sichern. Daß trotz aller Hilfen, die die Kirche erhält, ihre Mitglieder unzufrieden sind, zeigt die folgende Statistik.

Kirchenaustritte in Braunschweig.

W. P. Auf eine Anfrage im braunschweigischen Landtag hin hat die Regierung Zahlen über die Kirchenaustrittsbewegung im Lande Braunschweig für die Jahre 1930 und 1931 bekanntgegeben.

	1930	1931
Stadt Braunschweig	2 002	2 137
Im übrigen Freistaat	781	847
Im ganzen Freistaat	2 783	2 984

Die Volkszählung vom Jahre 1925 zeigte in der Stadt Braunschweig folgendes Bild:

Evangelische Christen	120 697
Katholische Christen	8 497
Israeliten	939
Nichtchristliche Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften	597
Konfessionslos	15 934
Ohne Angabe des Bekenntnisses	61

Bevölkerungszahl 146 725

Die von der Regierung bekanntgegebenen Zahlen zeigen, daß die Kirchenaustrittsbewegung trotz der Herrschaft der Nationalsozialisten gewachsen ist. Vielleicht ist dieses Wachstum sogar auf diese Herrschaft zurückzuführen. Das Bündnis zwischen Nazis und Kirche ist nämlich selbst für Angehörige der Kirche offensichtlich.

Die katholische Kirche ist in der Regel klüger als ihre Schwester, die evangelische, wie z. B. die Erfolge der Katholiken in Preußen zeigen.
Funke 1 6 P

Wie der Sturmmonat Mai zu Ende ging.

In Nr. 116 des „Funken“ haben wir darüber berichtet, daß die katholische Kirche den Mai zu einer besonderen Aktion für die Werbung der Jugend ausersahen hatte. Die Bewegung hat so, wie wir sie damals geschildert haben, ihren Fortgang genommen: in den Orten: Werbebesuche, Bannerweihen, Festveranstaltungen. Darüber hinaus wurde aber die Freizeit am Himmelfahrtstag und zu Pfingsten für Treffen im ganzen Reich verwendet.

Die Feste Alexander von Koblenz, die hoch über der Stadt liegt, war der wirkungsvoll ausgewählte Tagungsort der Sturmschar des Katholischen Jungmännerverbandes. Alles überragte das gewaltige Kreuz des Riesenaltars. Wahl des Ortes und seine Ausschmückung gleichsam ein Symbol für die Bedeutung der Sturmschar im Rahmen des Katholischen Jungmännerverbandes. Ihr Grundsatz: „Die Sturmschar: Sie ist die junge Bewegung des Verbandes, die, in einem Jungenleben gottfroher Naturverbundenheit, in Schlichtheit, Nüchternheit und lebendiger Gemeinschaft erwachsen, Ziel und Willen des Jungmännerverbandes unmittelbar vorantragen will und darum in Verein und Verband zu Dienst und Führung sich bereitstellt. Wir jungen Männer der Sturmschar freuen uns, in einer Gemeinschaft zu sein, die verpflichtende Forderungen an uns stellt, die uns in Heimabenden, Gruppenabenden, auf Fahrt und im Zelt- und Lagerleben heranbildet für unsere Aufgaben im Volks- und Mannestum. In dieser Kameradschaft stellen wir zahlreiche Anforderungen nach einer Neuordnung der Werte. Wir fordern aber nicht nur, sondern haben bereits eine neue Ordnung in unseren Reihen geschaffen. Wir wollen Christi Sturmschar sein, um in einer Stunde, da alle Feinde Christi aufstehen und gegen seine Kirche streiten, der junge Heerbann dieser bedrängten Kirche zu sein!“

Das Fest begann mit dem Einholen des Allerheiligsten aus einer Kirche der Stadt in die Festung. Es endete mit einer Feierstunde am deutschen Eck, die ein Bekenntnis zum Pazifismus war.

Einige Stellen aus den Reden:

„Schluß mit dem katholischen Minderwertigkeitsgefühl! Wir jungen katholischen Menschen brauchen uns nicht im Hintergrund halten, nicht Verteidigung, Angriff ist unsere Lösung. — Wisst, daß in deutschen Landen noch eine Jugend lebt, die dienen kann, die sich nicht erschöpft in bloßer Kritik und in der Aussaat blutigen Hasses. Wisst, daß deutsche Jugend, vor dem Opferaltar des Herrn stehend, das Wort kennt: Ich dien! Ich opfere! Allen wollen wir es sagen, alle deutschen Lande sollen es hören: Sturmschar ist nicht planlos zusammengelaufen! Es wird gehandelt worden! — Damit erfüllt die Sturmschar eine deutsche Aufgabe und Sendung: Mithelfen, deutsches Jungvolk vor dem Absturz in neues Heidentum zu bewahren. Damit erfüllen wir eine Aufgabe der Kirche: Ungebrochene junge deutsche Kraft der Völkervereinigung zuzuführen.“

Die Bedeutung des Festes wird noch erhöht durch das Aufzählen wichtiger Gäste:

Bischof Dr. BORNEWASSER, Oberpräsident FUCHS (Rheinprovinz), Oberbürgermeister Dr. ROSENDAL (Koblenz), Minister a. D. von GUERARD, Landesrat Dr. HECKER, Prälat BUCHOWSKI, M. d. L., Generalsekretär Dr. NATTERMANN (Gesellen-Verband, Köln), weiter viele Freunde und Vertreter katholischer und evangelischer Bünde und Verbände.

Unter ähnlicher geistlicher Regie wie die Sturmschar in Koblenz traf sich die katholische Kaufmannsjugend zu ihrem 8. Bundestag in Limburg. Von den 13 000 Mitgliedern waren 1600 erschienen! Bischofsworte hörten sie, Führertagungen hielten sie ab, Pfadfinder marschierten u. s. w.; alles wie in Koblenz. Außerdem sandten sie eine Huldigungsadresse an den Papst mit dem Versprechen, beim Aufbau einer neuen Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft im Sinne der Rundschreiben des Papstes zu wirken.

Außer diesen Reichstagungen fanden um die Pfingstzeit eine ganze Reihe von Gantagungen katholischer Jugend statt. Ich lese gerade in einem Bericht des Treffens der „Neudeutschen“ (die katholische Jugendbewegung, die unter der Leitung der Jesuiten steht) Niedersachsens in Detfurth-Wessel, wie dort Wert darauf gelegt wurde, daß eine innere Verbundenheit mit den Bewohnern der umliegenden Orte hergestellt wurde, wie dies auch mit Hilfe der Pfarrer und Lehrer gelang. Außerdem hebt der Bericht als Zeugnis erfolgreicher katholischer Arbeit hervor, daß aus der evange-

lischen Stadt Helmstedt zum ersten Mal katholische Jungen zu einem Gantreffen kamen.

Was mir das Wichtigste in diesem Schlußbericht über den Sturmmonat Mai ist, beleuchtet eine Stelle aus den Grundsätzen der „Sturmschar“: „Wir jungen Männer der Sturmschar freuen uns, in einer Gemeinschaft zu sein, die verpflichtende Forderungen an uns stellt.“

Vielleicht ist dieser Satz nicht von der Jugend selber, in ihr Grundsätze hineingeschrieben worden, sondern von dem Geistlichen, der diese Bewegung betreut. Wie dem auch sein mag, dieser Satz zeigt uns, worin die Macht dieser Bewegung ruht. Wenn wir in den Reihen der Sozialisten so oft Klage darüber gehört haben, warum die sozialistische Jugend später so wenig bei der Arbeit der Parteien hilfreich zupackt, sondern lieber wandert, Volkstänze macht und angebliche Lebensreform betreibt, so gibt uns dieser Satz der Katholiken den Schlüssel zur Deutung dieser Tatsache: Der sozialistische Jugend sind zu wenig verpflichtende Forderungen gestellt worden!
E. Blencke.

Eine gutgehende Unternehmung.

Auf der Jahrestagung der „Katholischen Glaubensgesellschaft“ in England wurde festgestellt, daß die Gesamtzahl der Flugschriften, die von der Gesellschaft im Jahre 1931 verkauft wurden, 1 368 335 beträgt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 63 661.

Die Hauptursache dieses glänzenden Rekordes ist die Veröffentlichung von vier neuen päpstlichen Enzykliken, nämlich über die christliche Ehe, die soziale Ordnung, die katholische Aktion und die Wirtschaftskrise. Ueber 240 000 Exemplare der päpstlichen Kundgebungen wurden verkauft.

Außer den verkauften Flugschriften wurden 174 200 Exemplare an Mitglieder der Gesellschaft verteilt, 18 501 Bücher und 273 000 Broschüren verkauft, darunter 102 000 Exemplare von Kardinal BOURNES „Aufruf an die Jugend“. Ferner druckte die Gesellschaft 155 000 weitere Exemplare von ihrem „Simple Prayer Book“. Der Verkauf von erbaulichen Flugschriften erhöhte sich von 423 030 auf 432 040 und der Verkauf von lehrhaften Flugschriften von 168 500 auf 284 270. Die Flugschrift-Sammlung sozialen Inhalts hat eine Zunahme von 49 000 Exemplaren aufzuweisen. („Bayerischer Kurier“ Nr. 131, vom 10. Mai 1932.)

Der Vierte Strafsenat wütet.

16 Monate Gefängnis für Ueberbringung zweier Flugschriften
in Leipzig, 31. Mai.

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats DRIEVER und auf Antrag des Staatsanwalts Dr. BAUER den Maurer OTTO KROSCHEL aus Berlin-Oberschöneweide wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen nach § 4 Absatz 1 des Republikchutzgesetzes (Unterstützung und

Förderung einer staatsfeindlichen Verbindung) zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis. KROSCHEL hat eingestanden, daß er als kommunistischer Funktionär fünf Briefumschläge mit der Zersetzungsschrift „Der rote Gummiknüppel“ zur Verteilung an Polizeibeamte entgegengenommen hat. Zwei dieser Umschläge hat er tatsächlich an Polizeibeamte zur Verteilung gebracht, indem er sie in die Briefkästen der betreffenden Beamten an der Wohnungstür steckte.

Gefängnisstrafen für Kommunisten.

Das Magdeburger Schwurgericht verurteilte nach sechstägiger Verhandlung die beiden Kommunisten WOJCIECHOWSKI und WESTPHAL wegen gemeinschaftlichen Totschlags in Tateinheit mit versuchtem Totschlag und weiter in Tateinheit mit Vergehen gegen § 5 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 in Verbindung mit § 15 Absatz 1 des Gesetzes über Schußwaffen und Munition zu je vier Jahren Gefängnis.

Es handelt sich bei diesem Prozeß um die Vorgänge, die sich in der Sylvesternacht 1931/32 in Völpe bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten abgespielt haben und in deren Verlauf der Nationalsozialist WIETFIELD aus Barneberg getötet wurde.

Ueber eine der Schießereien in Hamburg, nämlich die, die am Sonnabend anschließend an die Beerdigung des von der Polizei erschossenen Kommunisten LIBERA stattfand, schreibt uns ein Augenzeuge:

Massen, hauptsächlich Jugendliche, kamen unter Schreien die Fuhsbüttler Straße herunter. Flitzer rasten aus den

Nebenstraßen heraus. Viele mit Gummiknüppeln schlagende Polizisten versuchten, die Menge auseinanderzutreiben. Ein Demonstrant schug mit der Hand die Fensterscheibe eines Autos ein. Einige Autos lagen schon umgekippt auf der Straße, die die Massen passiert hatten. Ein Demonstrant warf einen Stein. Drei Sipos gingen mit Gummiknüppeln auf eine Gruppe los, diese flohen in die Anlagen. Da zog einer der Beamten einen Revolver und schoß hinter den Fliehenden her. Notwehr? Ich hatte nicht den Eindruck, daß die Sipos mit ihren Gummiknüppeln sich nicht genügend wehren konnten. Ich sah den Schießenden. Er wurde in dem Augenblick, als er schoß, nicht mehr angegriffen, nach wenigen Augenblicken wurde ein Verwundeter an einen Zaun gelegt. Samariter bemühten sich um ihn. Nur vier bis fünf Schritte entfernt gingen wiederholt Polizisten vorbei. Zweimal einer mit einer eroberten Fahne in der Hand. Keiner von ihnen sollte den Verwundeten gesehen haben, der mindestens zehn Minuten dalag, bis er mit einem Auto abtransportiert wurde? (Es wurde von einem Teil der bürgerlichen Presse berichtet, der Verletzte sei von seinen Genossen abtransportiert worden, so daß die Polizei die Sache nicht mehr klären können.)

Gewerkschaften zum Ruhrbergbau-Schiedsspruch.

1 Essen, 1. Juni.
Ebenso wie der freigewerkschaftliche Bergbau-Industriearbeiterverband hat auch der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter beschlossen, den Schiedsspruch über den Lohntarif im Ruhrbergbau anzunehmen und seine Verbindlichkeitserklärung zu beantragen, dagegen den Schiedsspruch über den Manteltarif abzulehnen.

Der Schiedsspruch über den Lohntarif bestimmte Verlängerung um zwei Monate, der über den Manteltarif verschob die Auseinandersetzung wegen der Arbeitszeit bis zum 30. September (Kündigungstermin für das Mehrarbeitsabkommen).

Lohnabbau bei der Marinewerft angenommen

1 Bremen, 1. Juni.
Der unter Vorsitz des bremischen Schlichters VÖLCKERS gefällte Schiedsspruch für die Marinewerft Wilhelmshaven und das Marinearsenal Kiel ist von beiden Parteien angenommen worden. Der Schiedsspruch sieht eine Herabsetzung der Löhne in der Spitze von drei bis vier Pfennige vor.

Briefkasten.

Wird bei Kurzarbeit der Urlaub entsprechend der Arbeitszeit verkürzt?

Antwort: Häufig enthalten Tarifverträge bereits diesbezügliche Vereinbarungen. Für einen Fall, in dem dies nicht geschehen ist, hat das Reichsarbeitsgericht kürzlich ein

Urteil gefällt. In dem betreffenden Tarifvertrag war lediglich eine für den Regelfall abgestellte Urlaubsregelung mit Urlaubvergütung enthalten. Ein Arbeiter eines Betriebes, der bereits monatelang drei Fehlerschichten wöchentlich eingelegt hatte, klagte nun auf Urlaubvergütung entsprechend der voll durchgearbeiteten und bezahlten Arbeitszeit. Ein Landesarbeitsgericht, dem sich auch das Reichsarbeitsgericht anschloß, bewilligte jedoch nur Urlaubvergütung für die verkürzte Arbeitszeit.

Kann eine einzelvertraglich zugebilligte übertarifliche Leistungszulage vom Arbeitgeber einseitig ohne Kündigung aufgehoben werden?

Antwort: Nein! Auch für die Aufhebung freiwillig gewährter Zuschläge auf Tarifgehälter und -löhne bedarf es der üblichen Kündigungsfrist, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde. Erst kürzlich hat das Reichsarbeitsgericht einen Arbeitgeber zur Nachzahlung der Leistungszulage verurteilt, da diese nicht einseitig ohne Kündigung entzogen werden könne, selbst wenn er dies auf Grund eines Schadens vor habe, für den er den Arbeitnehmer verantwortlich macht.

Lebt das Betriebsratsamt eines entlassenen Betriebsratsmitgliedes nach der Wiedereinstellung auf Grund eines Vergleiches wieder auf?

Antwort: Diese Frage hat das Reichsarbeitsgericht in einem bestimmten Falle mit Urteil vom 30. April 1932 verneint, weil der Vergleich die Lösung des Arbeitsverhältnisses von der Kündigung bis zur Wiedereinstellung anerkannt und der Betriebsrat somit sein Amt inzwischen verloren hatte. — Es ist deshalb wichtig, daß in solchen Fällen im Vergleich ausdrücklich vereinbart wird, daß der Arbeitnehmer in der Zwischenzeit nicht als ausgeschieden und daß die Kündigung als ungeschehen gilt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Erfurt: Sonnabend, den 4. Juni, 20 Uhr, im Volkshaus (Johannesstraße [Hintergebäude]). Thema: Wie helfen wir am Aufbau der proletarischen Einheitsfront?

Freie Aussprache! **Eintritt frei!**

Sommerurlaubskarten werden auch im Wechselverkehr mit den deutschen Privat- und Kleinbahnen, soweit sie mit der Reichsbahn in einem Tarifverhältnis stehen, ausgegeben. (Das sind etwa 1/4 aller Privat- und Kleinbahnen.) Ebenso gelten die Sommerurlaubskarten im Verkehr mit den Eisenbahnen des Saargebietes und in Verbindung mit Fahrten auf den Seebäderlinien der Ost- und Nordsee.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 3. Juni.
Berlin: 22.00 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.
Breslau: 17.40 RUD. MIRBT: Wirtschaftsfragen Osteuropas.
Hamburg: 17.30 Dr. MARTE BRILL: Frauenleben im nahen Orient. 18.55 Arbeitsrichter NIEMAND: Der Angestellte im Recht.
Königswusterhausen: 18.30 Dr. K. SCHMIDT: Das deutsche Versicherungswesen in Krisenzeiten.
Langenberg: 19.30 Dr. MICHALKE: Siedlung und Arbeitsmarkt. (Vergl. die Sondernummer des „ISK“: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“.)

Sonnabend, den 4. Juni.
Hamburg: 18.30 M. DREWS und W. R. WAGNER: Bilder aus dem malaischen Bergbau.
Königsberg: 18.30 PRINZ: Weltmarktberichte.
Langenberg: 19.30 Superintendent HUSMANN: 50 Jahre evangelischer Arbeiterverein.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom _____ ab zum Preise von monatlich 2,- RM zuzüglich Bestellschuld.

Name _____ Ort _____

Straße und Hausnummer _____

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 6. HEFT JUNI 1932

INHALT:

WILLI EICHLER:

Das Ende der Demokratie.

LEONARD NELSON:

Massenverachtung und Achtung der Masse.

FRITZ GROB:

Die Entscheidungsstunde der Gewerkschaften.

Zum Nachdenken:

Um ein paar Backpfeifen.
Glänzende Pressearbeit der englischen katholischen Glaubensgesellschaft.
Neue Anreize zum Tiermord.
Die Angleichung der Löhne.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

MAGDEBURG

Auch im Sommer

sind getrocknete Bananen ein ideales Nahrungsmittel, wohl-schmeckend und nahrhaft.

Post-Päckchen 4 Pfund brutto nur 3,- M. frei Haus.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-V.-Quericke-Str. 104.

Erstklassige Maßarbeit Herren-Anzüge • Damen-Mäntel

!!! Tadellosster Sitz !!!
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Querickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 23 53 42

Robert Peppmüller

Sättigen

Buchhandlung

und Antiquariat für

moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wird Abonnement! Sammelt Anzeigen! Gewinnt bei Elections sichere Interessen!

Werbeprosperkte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sommerlinde 5471

Indien in der Zange

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes

Von KARL HINKEL

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten. Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

... In diesem Buche, das von hohem sittlichen Ernst für die Lage des Volkes getragen ist, wird über Tatsachen berichtet, die dem Europäer meist unbekannt sind... An Hand eines wissenschaftlichen Leitfadens werden die Mittel zur Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung in Indien und deren Aussicht auf Verwirklichung erörtert.

„Gewerkschaft“, Nr. 23 vom 28. Mai 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto: Berlin 81 842.

Der Ausgleich des amerikanischen Haushalts.

Der Senat hat die Steuervorlage, mit deren Hilfe der Haushalt ausgeglichen werden soll, mit 72 gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Gesamtvorlage sieht Steuereingänge im Betrage von 1121 Millionen Dollar vor. An dem bisherigen Haushalt wurden Abstriche in Höhe von 400 Millionen Dollar vorgenommen, während sich die Neueinsparungen auf 250 Millionen Dollar belaufen. Das Schatzamt erklärte die Haushaltsdeckung für ausreichend. Wie verlautet, wird das Abgeordnetenhaus das Ausgleichsgesetz innerhalb von drei Tagen mit geringen Änderungen annehmen, sodaß Präsident Hoover es noch vor Wochenende unterschreiben kann.

Die in Detroit tagenden Bürgermeister der 28 bedeutendsten Städte Amerikas haben die Bundesregierung aufgefordert, die Arbeitslosennot durch Zurverfügungstellung von fünf Millionen Dollar für Notstandsarbeiten zu lindern. Außerdem soll die Wiederaufbau-Finanzgesellschaft später durch direkte Anleihen helfen. Oberbürgermeister WALKER wies darauf hin, daß viele New Yorker unterernährt seien.

Am Mittwoch wurden von New York Goldbestände im Werte von 23 089 100 Dollar nach Europa verschifft, und zwar 9 886 500 Dollar nach Frankreich, 6 000 100 Dollar nach der Schweiz, 3 450 000 Dollar nach Holland, 2 751 100 Dollar nach Belgien und 1 001 400 Dollar nach England. Weitere 21 347 500 Dollar in Gold wurden von den Federal Reserve Banken für fremde Rechnung zurückgestellt.

Protestkundgebung

am Freitag, dem 3. Juni, Prachtsäle am Märchenbrunnen, Berliner Friedrichshain, abends 19.30 Uhr:

Heraus mit Mooney und Billings!

Redner: JACOB SCHLÖR (Präsidium der Internationalen Hilfsvereinigung) — KURT ROSENFELD (SAP) — ERICH MÜHSAM (Anarchistische Vereinigung) — MARIA HODANN (ISK) — KARIN MICHAELIS — RUDOLF ROCKER — ERNST TOLLER.

Musik — Sprechchöre der „Roten Raketen“ und ISK.
Einlaß 19 Uhr. Erwerbstätige 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Komitee zur Rettung von Mooney und Billings.

Ein mysteriöser Raubüberfall.

Angebl. im Auftrag des RFB.

Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte den ehemaligen Postauswechsler FRÖHLICH zu vier Jahren Gefängnis, den Zementierer SCHULZ zu einem Jahr Zuchthaus und den Kaufmann ZIMMERMANN zu sechs Monaten Zuchthaus. Gegen FRÖHLICH, SCHULZ und ZIMMERMANN erkannte das Gericht außerdem auf je fünf Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Sie hatten einen Raubüberfall auf den Boten einer Baufirma, der Lohngehalt in Höhe von 2500 Mark bei sich trug, ausgeführt. SCHULZ erklärte, daß er sich an dem Raubüberfall selber nicht beteiligte, sondern ihn nur organisiert habe, und zwar im Auftrag des Rotfrontkämpferbundes, um mit Hilfe der geraubten Gelder Munition und Waffen anzuschaffen zu können. Er habe den an dem Plan Beteiligten einige hundert Mark gegeben, während er den größeren Betrag von 2500 Mark einbehalten habe, um ihn an den Rotfrontkämpferbund abzuführen. Der Auftraggeber sei nach Rußland geflüchtet.

Der Arbeiter WITTRIN, der FRÖHLICH und ZIMMERMANN mit seinem Motorrad davongefahren und einen Teil der Beute erhalten hatte, wurde wegen Hehlerei zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Es ist natürlich sehr wohl möglich, daß die ganze Erzählung über den Roten Frontkämpferbund nur ein Mär-

Neues aus der Technik.

1. Unfallverhütung durch lichtelektrische Zellen.

Es gibt Substanzen, die ihr elektrisches Verhalten ändern, wenn sie belichtet oder verdunkelt werden. So ändert zum Beispiel das Metall Selen seinen Widerstand gegenüber dem elektrischen Strom im Dunkeln. Diese Tatsache läßt sich technisch mannigfach verwerten. Neuerdings will man lichtelektrische Zellen benutzen, um bei besonders gefährlichen Maschinen, Schneidemaschinen, Pressen und dergleichen, die Sicherheit gegen Unfälle zu erhöhen. An geeigneten Stellen werden lichtelektrische Zellen eingebaut, die durch die Hand des Arbeiters beschattet werden, wenn sie gefährlichen Stellen zu nahe kommt. Die Zelle schaltet dann automatisch einen elektrischen Strom ein, der den Gang der Maschine so lange unterbricht, bis die Hand von der gefährlichen Stelle zurückgezogen ist.

2. Kabelschutz.

Wegen der höheren Sicherheit gegenüber äußeren Einflüssen verwendet man jetzt für elektrische Hochspannungsleitungen meist Kabel statt Freileitungen. Die in die Erde verlegten Kabel sind gegen atmosphärische Einflüsse, wie Sturm oder Vereisung und dadurch häufig bedingtes Zerreißen der Leitungen, geschützt. Bei den hohen Spannungen macht aber die Isolierung der Kabel Schwierigkeiten. Ein neues Verfahren, die Durchschlagfestigkeit der Kabel zu erhöhen, besteht darin, daß man die Kabel von außen unter erhöhtem Druck setzt. Durch das Anpressen des Isoliermaterials bilden sich während des Betriebes nicht so leicht schadhafte Stellen aus. Das Kabel wird in eine luftdichte Rohrleitung eingezogen, in die dann zur Erzeugung des Druckes Leuchtgas eingepumpt wird.

3. Ein moderner Sender.

Bei Wiederau, etwa eine Stunde Bahnfahrt von Leipzig entfernt, entsteht der neue Großrundfunksender Leipzig. Der Ort ist nach eingehenden Vorversuchen im März des vorigen Jahres als der günstigste in der Umgebung Leipzigs ausgewählt worden. Der Sender wird die beiden bisher stärksten deutschen Sender Mühlacker und Königswusterhausen noch übertreffen. Seine Einrichtung berücksichtigt den neuesten Stand der Technik. Besonders neuartig ist der Bau

Arbeiterparteien und „Arbeiterpartei“ vor der Arbeitslosenfrage.

Preußischer Landtag.

Die Mittwoch-Sitzung des preußischen Landtags ist ruhig verlaufen. Zur Debatte standen die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Unterstützungskürzungen und auf Durchführung energischer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Anträge werden schließlich dem Hauptausschuß überwiesen.

Die Nazis haben sich einstweilen gedrückt: sie äußerten sich nicht zu den Anträgen, sondern ließen erklären, diese seien so bedeutungsvoll, daß sie nicht in einer Sonderausprache, sondern im Rahmen der allgemeinen politischen Aussprache (beginnt am Donnerstag) erörtert werden müßten. Diese Argumentation der Nazis ist nicht sehr überzeugend. Die Sache klärt sich jedoch sehr einfach auf: Kommunisten und NS verfügen zusammen über eine Mehrheit im Landtag. Die kommunistischen Anträge würden also angenommen werden, wenn die NS zustimmen würden. Die Nazis stehen also vor der nicht ganz einfachen Aufgabe, ihre klassenmäßige Funktion im Dienst ihrer Geldgeber in Harmonie zu bringen mit den demagogischen Versprechungen, mit denen sie Massen zweifelter Proletarier, insbesondere Erwerbsloser, hinter sich gebracht haben. Einstweilen ist ihre Taktik: Zeit gewinnen! Hier wird das Interesse deutlich, das die NS daran haben, die Sitzung wieder durch bewährte Methoden zum Aufliegen zu bringen.

Wir bringen im folgenden das Wichtigste aus den Reden.

Frau Hanna (SPD):

Unsere Forderungen für die Arbeitslosen stimmen überein mit den Vorschlägen, für die zuletzt am 13. April der außerordentliche Gewerkschaftskongreß demonstriert hat. Wir fordern die Herabsetzung der Arbeitszeit; aber wir wissen, daß sie leider nicht so stark wirken wird, wie man das im Interesse der Arbeitslosen wünschen müßte. Die Rationalisierung und die gegenwärtige Methode der Arbeitsart machte auch ohne die riesenhafte Arbeitslosigkeit ein wesentliches Heruntergehen unter die Achtundvierzigstundenwoche notwendig.

Unsere Forderung der Arbeitsbeschaffung darf nicht an der Finanzierungsfrage scheitern. Unsere Vorschläge haben sich stets von allen inflationistischen Ideen ferngehalten; wir sind uns stets bewußt gewesen, daß wir ein armes Land und ein armes Volk sind. Aber wir haben auch stets auf die Geldquellen hingewiesen, die sich noch erschließen lassen. Schließlich hat ja das Reich ungeheure Geldmittel für Subventionen aller Art aufgebracht, auch für zweckwidrige, wie sie etwa in der Denkschrift des Rechnungshofes über die Osthilfe gebrandmarkt werden. Durch rechtzeitige Vorbeuge gegen Unwetterschäden könnte man z. B. nicht nur Arbeit schaffen, sondern auch Werte erhalten und Mittel freistellen, die sonst Jahr für Jahr für unzureichenden Schadenersatz gebraucht werden. Auch bei der Renovierung von Altnutzungen und bei der Siedlung läßt sich zweckmäßig neue Arbeit schaffen, wenn wir auch gerade bei der Siedlung dringend davor warnen müssen, Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden können.

Wir nähren auch keine Illusionen über den freiwilligen Arbeitsmarkt, der, günstigstenfalls nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil, besonders jugendlicher Arbeitsloser vorübergehend beschäftigen kann. Aber soweit damit nicht auf-

chen war, um die ganze Sache als eine „idealistische“ aufzufrisieren. — Sollte der Tatbestand tatsächlich den Angaben des SCHULZ entsprechen, so wäre dazu zu sagen, daß eine solche Aktion selbstverständlich denkbar ungeeignet ist zum Vorwärtkommen auf dem Wege des Proletariats.

Kirchenkampf in Mexiko.

Die Regierung schließt die Kirchen.

z Mexiko-Stadt, 2. Juni.

Im Staate Mexiko sind alle katholischen Kirchen von der Polizei geschlossen worden, weil der Erzbischof bisher

Tarifbruch und Lohndruck gezielt wird, wollen wir jeden vorünftigen Plan gern sorgfältig prüfen.

Soweit wir die Arbeitslosen nicht in Arbeit bringen können, muß die Arbeitslosenversicherung unbedingt aufrechterhalten werden. Darüber hinaus ist die Arbeitslosenunterstützung zu vereinheitlichen und zu vereinfachen.

Koenen (KPD):

Dann wird erklärt, unsere Forderungen gleichen den Forderungen des ADGB zur Arbeitsbeschaffung. Der ADGB kann radikale Forderungen sogar einstimmig zum Beschluß erheben. Aber niemals wird die Gewerkschaftsbürokratie auch nur den kleinsten Kampf für die Durchführung dieser Forderungen organisieren. Ihre Forderung auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist ein neuer Raub an den Betriebsarbeitern.

Tapferkeit der NS-Fraktion.

Von Tapferkeit sollten Sie (zu den Nazis) wirklich nicht sprechen, denn es ist hinlänglich bekannt, daß sie nur dann eingreifen, wenn sie in drei- oder vierfacher Uebermacht sind. Sie sollten nicht von Tapferkeit reden, wenn festzustellen ist, daß wir unter etwa 50 Abgeordneten nur 4 Verletzte hatten, während sie mit ihrer großen Uebermacht 19 Verletzte aufzuweisen hatten.

Die Börse.

HITLER wurde stürmisch von der Börse begrüßt. Die Aktionkurse sind gestiegen. Man flieht in die Sachwerte, weil man weiß, daß HITLER-HUGENBERG Inflation bedeutet.

Die Arbeitslosen haben keine Zeit, das Dritte Reich zu erwarten, sie können von den süßen Redensarten des Zentrums und der SPD nicht satt werden. Darum greifen die Arbeitslosen zur Selbsthilfe. Wir sind überzeugt davon, daß die Welle dieser Aktionen in den nächsten Wochen und Monaten stürmisch vorwärts gehen wird. Es gibt bereits Städte, wo die Forderung: „Es wird nicht mehr exmittiert!“ beinahe vollständig durchgeführt ist. Und es gibt Orte, wo die Arbeiter bereits ganze Villen beschlagnahmt und die exmittierten Erwerbslosen in diese Villen hineingesetzt haben. Diese Anfänge der Aktionen nehmen wir ernst. Wir wissen, daß die Erwerbslosen dabei auf den Widerstand der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten stoßen. So hat der Nazi-Gauleiter JORDAN in Mitteldeutschland an den SPD-Regierungspräsidenten von HARNACK einen Offenen Brief geschrieben, daß die Kommunisten Emissionen verhindern und Zwangsversteigerungen durchkreuzen. Diese bolschewistischen Aktionen dürften nicht so weitergehen, denn das sei eine Untergrabung jeder Ordnung. Das ist die Nazipolitik gegen die Erwerbslosen.

Die Plünderungen, die jetzt zunehmen, sind ein Ergebnis der Verzweiflungssituation. Der Hunger, der durch die Kürzung der Unterstützungssätze herbeigeführt wird, tut weh. Auch die Zahl der Selbstmorde steigt. Wir sind nahe daran, daß der Selbstmord in Berlin zur häufigsten Todesursache wird.

Angesichts dieser Zustände sagen wir: Wir sind nicht der Meinung, daß das Proletariat in Plünderungen und Selbstmorden in diesem faulen verruchten System untergehen soll, sondern wir sind der Meinung, daß das Proletariat leben soll. Aber damit das Proletariat lebt, muß es kämpfen. Und damit es leben kann, muß der Kapitalismus geschlagen werden und sterben.

die Auswahl der 34 von 150 noch vorhandenen Priestern nicht vorgenommen hat, wie es durch Gesetz vorgeschrieben ist.

Wenn es um ihre eigene Herrschaft geht, läßt die katholische Kirche ihre sonst propagierte Parole fallen: „Ein jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat!“ Wir wünschen der mexikanischen Regierung, daß es ihr gelingt, dem Ansturm, den die Katholiken jetzt organisieren werden, standzuhalten.

„Sterndeuterei“ und anderer Aberglaube.

W. F. Frau N. ist Leiterin der Filiale eines großen Strumpfgeschäftes. Sie ist außerdem leidenschaftliche Anhängerin der Sterndeuterei und von anderem Unsinn. Es verlohnt sich deshalb, sich eine Weile mit ihr aufzuhalten.

Eines Tages kommt ein mit ihr befreundeter Vortragsreisender ihres mystischen Kreises in ihre Filiale. Mit scharfen Blicken mustert er die anwesenden Lehrlinginnen. Und er entdeckte: Die Stirn von Fräulein B. glänzt von Heljotastrahlen. Das bedeutet: Fräulein B. ist intelligent. Frau N. ist glücklich über das gütige Geschick, das ihr ein so intelligentes Lehrlingmädchen zugetrieben hat. Aber Fräulein B. denkt: Wenn man das kein Irrtum ist mit den Heljotastrahlen; denn kurz vor dieser Musterung hatte sie ihre Stirn mit Niveacreme gesalbt.

Ferner: Fräulein B. trägt ihren Scheitel auf der linken Seite. Leider, denkt Frau N., denn sie hat in ihren mystischen Schriften gelesen: wer den Scheitel auf der rechten Seite trägt, ist besonders tüchtig in seinem Beruf. Die Mutter von Fräulein B. weiß hier Rat. Sie schlägt ihrer Tochter vor, ihren Scheitel auf die rechte Seite zu verlegen.

So weit ganz gut. Man könnte hierzu sagen: Laß dem Kind sein Nuckelchen! Aber dieser Aberglauben hat noch eine ernstere Seite.

In einer nicht so glücklichen Lage wie Fräulein B. ist ihre Kollegin Fräulein C. Ihr Stern deutet angeblich darauf hin, daß sie unzuverlässig sei. Das ist sie zum Teil tatsächlich. Ein willkommener Anlaß für Frau N., Fräulein C. dauernd ihre Unzuverlässigkeit vorzuwerfen und damit in ihr den Glauben zu wecken, daß hier ein hoffnungsloser Fall von Unzuverlässigkeit vorliege. Ein eingeschüchterter Mensch, der den Glauben an seine Kräfte verloren hat, daß wird das Ergebnis dieser Lehrlingsbehandlung sein. Ein nie wieder gutzumachendes Unrecht wird also hier durch einen Aberglauben mit wissenschaftlichem Antriebe geschaffen, der deshalb unseren schärfsten Kampf verdient.

der Sendetürme. Keine Eisenmasten, sondern 125 Meter hohe Holztürme sollen die Antenne tragen. Weil Holz, im Gegensatz zu Eisen, ein schlechter elektrischer Leiter ist, wird dadurch die Sendewirkung der Antenne verbessert. Wegen der minderen Festigkeit des Holzes lag hier aber bei der Höhe der Türme eine besondere technische Aufgabe vor, die man durch ein besonderes System der inneren Versteifung gelöst zu haben glaubt. Der Sender, der voraussichtlich im September dieses Jahres in Betrieb genommen werden kann, wird von der Mirag in Leipzig aus besprochen werden. Seine Sendestärke wird zwischen 120 bis 150 Kilowatt liegen.

Tierschindereien.

„Frage: Bekämpfung von Sperlingen. Alljährlich habe ich, besonders zur jetzigen Zeit, in meinem Garten unter der Sperlingsplage stark zu leiden. Das Abschießen mittels „Vogeldunst“ hatte zwar Erfolg, aber nur vorübergehend. Ich möchte eine einfache Falle aufstellen; welche empfehlen Sie?“
G. R. in W.

Antwort: Das wirksamste Vertilgungsmittel bleibt bei Sperlingen das planmäßige Vertilgen der jungen Brut dadurch, daß man von März bis Ende August in Zeitabständen von etwa zwei bis drei Wochen alle Sperlingsnester ausnimmt. Zur Erleichterung dieses Verfahrens wird das künstliche Sperlingsnest empfohlen. Diese nistkastenähnlichen Vorrichtungen haben keine Rückwand. Sie werden möglichst in größerer Zahl an den Hauswänden so hoch angebracht, daß sie mit hoher Leiter noch leicht zu erreichen sind. Sie verlocken die Spatzen zur Besiedlung. Abends, wenn sie zur Ruhe gegangen sind, wird vorsichtig die Leiter erstiegen, ein Stock ins Flugloch geschoben, um ein Entkommen unmöglich zu machen, und ein dünnes Brett oder Blech hinter das Nest geschoben, um es nach hinten abzuschließen. Dann wandert es mit Inhalt in die Regentonne.
R.“
(„Göttinger Tageblatt“ [Nazilorgan]; Nr. 110, vom 12. Mai 1932.)

Ein toller Rat!

Leider ist es noch nicht möglich, die Vermehrung solcher Massenmörder ebenso zu verhindern, wie sie die Fortpflanzung von Spatzen bekämpfen. Nötig wär's gewiß!

Was geht uns Afrika an?

Im Verlag von GEORG STILKE, Berlin, hat Dr. ARTHUR DIX 1931 ein Buch veröffentlicht: „Was geht uns Afrika an? Das heutige Afrika in Weltwirtschaft, Weltverkehr, Weltpolitik.“ Das Buch bringt eine Menge Material über Afrika. Aber es geht an die Probleme heran nicht vom Gesichtspunkt der rund 130 Millionen afrikanischen Bewohner dieses großen Erdteils, sondern vom Standpunkt Deutschlands und der Deutschen. Welcher Deutschen, der Großagrarien und Großindustriellen, oder der Arbeiter? Wir werden sehen!

Afrika als Siedlungsland für Europäer?

„Das Ende eines Jahrhunderts internationaler Freizügigkeit weist uns erneut und in verstärktem Maße auf die Bedeutung des afrikanischen Raumes . . .“ (Seite 18.)

Warum eigentlich gerade des afrikanischen Raumes? Weil die Neger sich am wenigsten wehren können!

Uebrigens führt Dix fort:

„des afrikanischen Raumes, der allerdings . . . nur in verhältnismäßig beschränkten Gebieten für europäische Dauer-siedlung zugänglich ist . . .“

Nur das südliche Drittel des Erdteils ermöglicht die Dauersiedlung für den Europäer. Aber in keinem einzigen Bezirk Afrikas könnten Europäer heute ohne die Hilfe der Neger auskommen und konkurrenzfähig die Bergwerke, Farmen, Plantagen und Bauernwirtschaften betreiben! Auch auf den inselartigen Hochebenen von Tropisch-Ostafrika, die von Abessinien bis Rhodesien sich erstrecken, sind die Europäer nach den bisherigen Erfahrungen nicht im Stande, körperliche Arbeit zu leisten. Gegenüber den Phantasien über die Siedlungsmöglichkeit für Europäer in Afrika verweist HANS SELIGO in seinem guten kleinen Buch „Afrika im Umbau“ (Jena 1931) auf die weise Praxis der Engländer, die jeden englischen Beamten in Ostafrika — auch in den Hochländern! — verpflichtet, nach zweieinhalb Jahren Dienst einen halbjährigen Urlaub in Europa zu verleben. Nur in Ausnahmefällen und unter Beibringung eines Gesundheitsattestes darf der Urlaub für kurze Zeit aufgeschoben werden.

Afrika hat sich bis heute nicht als taugliches Siedlungsland für Europäer erwiesen. Das zeigt die einfache Tatsache der Bevölkerungsverteilung, die wir dem Buche SELIGOS entnehmen:

„Sind Kolonien . . . ein kapitalistisch-imperialistisches Ausbeutungsobjekt oder eine besonders auch im Interesse der europäischen Industriearbeiterschaft dringend benötigte Ergänzung der heimischen Wirtschaft?“

Mit diesen Fragen bezeichnet der Verlag in seiner Inhaltsübersicht eines der wichtigsten Probleme des Buches.

Liegt Kolonialbesitz im wirtschaftlichen Interesse der europäischen Industriearbeiterschaft?

Ja, meint Dix. Und er gibt dafür drei verschiedene Gründe an.

	„Weiße“	„Eingeborene“
Mittelmeerküste Nordafrikas	1,25 Millionen	24 Millionen ¹⁾
Tropisch - Afrika zwischen den Wendekreisen	0,2	100
Südafrika	1,85	6

In Südafrika können Europäer dauernd leben. Die Konkurrenz mit den Negern und Indern können sie aber nur bestehen unter dem Schutz der „Colour Bar“, der gesetzlichen Farbenschranke, die den dunkelhäutigen Menschen von all den Erwerbszweigen ausschließt, deren Bezahlung einen Europäer ernähren kann!

Afrika ist also kein geeignetes Siedlungsland für Europäer, also auch nicht für deutsche Arbeiter und Bauernsöhne. Aber warum auch in die Ferne schweifen? Weiß Dix nicht, daß

in Deutschland selber Boden genug vorhanden

ist, um eine landwirtschaftliche Bevölkerung von 28 Millionen Menschen zu tragen statt einer solchen von 14 Millionen? Allerdings müßte die Bodensperre gebrochen und das Großgrundeigentum in Deutschland aufgehoben werden, soweit es den Zugang zum Lande sperrt. Dix fordert eine „durchgreifende Flurbereinigung“ in Afrika. Wozu solche Ausflüge in ferne Länder? Hier in Deutschland ist Raum vorhanden; hier ist die Dauer-siedlung sicher möglich; hier braucht man nicht die heimischen Bewohner des Bodens durch offene Gewalt und Bevormundungsgesetze wie die „Colour Bar“ auszuschließen: man braucht das Land nur den großagrari-schen Nutznießern abzunehmen, die ihre Betriebe wieder-holt zum Bankrott gebracht haben. Hier, Herr Dix, ist das Feld für Ihre durchgreifende Flurbereinigung!

¹⁾ Keine Neger, sondern Araber, Berber, Kabylen, etc.

Afrika als Rohstoffland.

Die afrikanischen Rohstoffgebiete haben im Laufe der vergangenen Jahrhunderte eine dauernd steigende Bedeutung gewonnen. Für die europäischen Industrieländer ist es wichtig, daß diese Gebiete nicht in die Verfügungsgewalt der Vereinigten Staaten von Nordamerika geraten, die — dank ihrer finanziellen Ueberlegenheit — bei wichtigen Rohstoffen nach der Monopolstellung auf dem Weltmarkt streben.

Dix hat durchaus recht, wenn er auf diese Gefahren amerikanischer Monopolpläne hinweist. Aber er verfallt in die gleiche monopolistisch-imperialistische Wirtschaftspolitik, wenn er „die Wahrung der afrikanischen Märkte als Domäne Europas“ (Seite 33) und als „große Notreserve Europas“ (Seite 13) beansprucht.

„Mit seinen 65 Millionen Einwohnern und seiner großen Industrie bedarf das Deutsche Reich dringend der wirtschaftlichen Unterstützung durch Rohstoffe, Lebens- und Genußmittel von eigenem kolonialen Boden in tropischen und subtropischen Gebieten.“ (Seite 94.)

Dix macht der französischen Handels- und Zollpolitik den berechtigten Vorwurf des Protektionismus (Seite 51 und 85). Er zeigt, daß heute der Außenhandel der Kolonien „die Tendenz zeigt, sich in erster Linie nach dem Lande zu entwickeln, unter dessen Verwaltung das Kolonialgebiet steht“ (Seite 96). Diese Tatsachen sind durchaus nicht verwunderlich im Zeitalter des Monopolkapitalismus und Imperialismus. Aber daraus ergibt sich für deutsche Sozialisten noch nicht die Forderung nach deutschen Kolonien, wenn auch sogenannte Sozialisten solche Forderungen gelegentlich erheben.

„Es gibt heute nicht wenige Autoren, auch im sozialdemokratischen Lager, die dieser Forderung zustimmen, und es muß darauf verwiesen werden, daß selbst die sozialistische Internationale im Jahre 1928 einen Beschluß faßte, der das Bedürfnis der Industriestaaten nach kolonialer Rohstoffbasis anerkannte und das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen als noch nicht zeitgemäß behandelte.“ (Seite 98 f.)

Tatsächlich liegt es jedoch keineswegs auch nur im wirtschaftlichen Interesse der deutschen Arbeiter, daß Deutschland seine tropischen Rohstoffe aus eigenen Kolonien bezieht. Es ist eine absolut unbewiesene Behauptung, wenn Dix erklärt, „die deutsche Industrie wäre auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger, wenn sie nicht

in allen überseeischen Rohstoffbezügen völlig auf ausländische Quellen und die Maßnahmen einer fremden Wirtschaftspolitik angewiesen wäre.“ (Seite 99.)

Diese Behauptung ist nicht nur unbewiesen, sie ist auch falsch. Der Außenhandel Afrikas zeigt — darauf weist wiederum SELIGO hin —, daß man meist die Rohstoffe dort bezieht, wo sie am brauchbarsten und billigsten sind, unabhängig davon, wer sie produziert.

„Der billige Negerkakao der Westküste findet namentlich in Deutschland bevorzugten Absatz vor dem von Kamerun, und der von Deutschen am Kilimandscharo erzeugte Qualitätskaffee hat weit mehr Käufer in England als eben in Deutschland. Insgesamt sind die Kolonialerzeugnisse nirgends Selbstversorgungsgüter, sondern Welthandelsware geworden. Die mit Nationalvermögen forcierte Produktion bleibt unrentabel . . .“ (SELIGO, a. a. O., Seite 44.)

Der Kolonialprotektionismus erweist sich als ein genau so schädlicher Unsinn wie in Deutschland der Getreideprotektionismus.

Dix selber weist darauf hin, daß „der gesamte Außenhandel Französisch-Westafrikas hinter dem des vergleichsweise winzigen britischen Gebietes der Goldküste (einem Bezirk hochentwickelter Negerbauern-Kultur! K. H.) zurücksteht.“ (Seite 46.) Er erwähnt die „massenhafte Auswanderung nach Britisch-Nigerien und der Goldküste“ aus den französischen Verwaltungsgebieten. (Seite 48.) Der französische Kolonialprotektionismus hat also ganz ähnliche Wirkungen wie der Getreideprotektionismus und die Aufrechterhaltung des Großgrundeigentums in Deutschland. Aber Dix zieht nicht die richtigen Folgerungen aus diesen Tatsachen. Er verlangt eine ebensolche protektionistische Kolonialpolitik für Deutschland.

Die deutsche Arbeiterschaft hat aber gerade die Nase voll von der protektionistischen Wirtschaftspolitik in Deutschland selber.

Ihr wirtschaftliches Interesse erfordert eine Beseitigung der protektionistischen, ja überhaupt jeder monopolistischen Wirtschafts- und Zollpolitik in Deutschland selber und im Welthandel zwischen Industrie- und Rohstoffländern.

Afrika als Absatzmarkt.

„Die derzeitige Wirtschaftskrise ist eine Krise sowohl der Ueberproduktion, wie in noch höherem Maße der Unter-konsumtion. Gerade an diesem letzteren Punkt hat die Abwehr mit besonderer Energie einzusetzen.“ (Seite 19.)

Das hat Dix richtig erkannt. Und er schließt daraus:

„Die darniederliegende Konsumfähigkeit der inländischen und der ausländischen Absatzmärkte zugleich muß mit allen Kräften gehoben werden. Für die Lösung dieser Aufgabe bietet unser südlicher Nachbarerdeil auf unabsehbare Zeit

hinaus noch ein sehr ausgedehntes und, mit richtigen Mitteln in Angriff genommen, dankbares Arbeitsfeld.“

Hier stimmen wir mit Dix durchaus überein. Das Problem der Schaffung eines kräftigen Absatzmarktes in Afrika hängt aber aufs engste zusammen mit einem Problem, das den bürgerlichen Wirtschafts- und Kolonialpolitiker Dix sehr wenig interessiert, mit dem Problem: wie kann die Kaufkraft der Afrikaner, der Neger und der

sonstigen dunkelhäutigen Bewohner des afrikanischen Erdteils gehoben werden?

„Je mehr aber die Kaufkraft aller Rohstoffmärkte insgesamt zurückgegangen ist, um so mehr nehmen diejenigen Weltmächte, die über eigenen Kolonialbesitz verfügen, ihre Zuflucht zu den kolonialen Absatzmärkten unter eigener Flagge.“ (Seite 28.)

Natürlich. Heutzutage sucht jeder kapitalistische Staat, andere Länder als Nur-Exportgebiete zu verwenden.

Dies ist aber wirtschaftlich gesehen eine irrsinnige Methode. Wie in den Industrieländern selber die Ausbeutung der Arbeiter deren Kaufkraft schwächt und damit die Wirtschaftskrise verursacht, so führt die koloniale Ausbeutung zur Niederhaltung der „Eingeborenen“-Kaufkraft und somit zur Absatzstockung in den Kolonialgebieten.

Das wirtschaftliche Interesse der europäischen Arbeiterschaft hinsichtlich des afrikanischen Erdteils ist in allererster Linie darauf gerichtet, die Kaufkraft der Bewohner Afrikas zu steigern. Denn nur in dem Maße, in dem der Wohlstand der Neger, Araber, Berber, Kabylen und Inder wächst, nur in dem Maße erweitert sich das afrikanische Absatzgebiet für europäische Industrieprodukte.

Seit einem Menschenalter ist in Indien, China, Australien, Kanada und Südamerika die Industrialisierung so weit fortgeschritten, daß diese Gebiete als Absatzmarkt für europäische Konsumartikel teilweise ausgeschaltet wurden. In Afrika liegen die Verhältnisse anders. Hier sind der Industrialisierung durch das Klima gewisse Grenzen gesetzt. Daher wird Afrika — für die nächste Zeit wenigstens — in großen Gebieten vor allem Rohstofflieferant und Käufer von Industrieerzeugnissen bleiben.

Die Frage: was geht uns — europäische Sozialisten und europäische Arbeiter! — Afrika an? spitzt sich also auf wirtschaftlichem Gebiet zu auf die Frage:

Was kann geschehen zur Entfaltung der Kaufkraft der afrikanischen Massen?

Die Beantwortung dieser Frage müssen wir einem weiteren Artikel vorbehalten. Dix gibt uns in seinem Buch keine befriedigende Antwort. Sein Buch mündet aus in die Feststellung:

„Deutschland braucht aus lebenswichtigen Gründen Anteil an Afrika — Afrika braucht deutschen Anteil an seinem Absatz.“ (Seite 107.)

Was Dix zeigt, ist die jedem Sozialisten bekannte Tatsache, daß „die Kolonien durchaus kein luxuriöses Experiment, sondern ein gutes Geschäft“ sein können. Mit unerhörtem Zynismus ruft er aus:

„Warum sollen wir nicht an das Beispiel Indiens erinnern, aus dem Groß-Britannien mittelbar und unmittelbar Milliarden und Aber-Milliarden gezogen hat? Können wir nicht beispielsweise in der italienischen Presse wieder und wieder lesen, daß Kamerun als ein künftiges Indien zu bewerten sei?“ (Seite 104.)

Die „Geschicke Afrikas“ sind für diesen Schriftsteller lediglich „eine europäische Angelegenheit“. (Seite 102.) Daß aber durch die Einführung der Völkerbundsmandate für die ehemals deutschen Kolonialgebiete ein winziger Hauch frischer Luft in die alte Kolonialpolitik gekommen ist, das nennt dieser Kolonialpolitiker einen „falschen Ton“, der „in die afrikanische Kolonialpolitik gebracht“ wurde. (Seite 102.)

All das Gerede und

Geschreibe von „kolonial übersättigten“ und „kolonial unterernährten Ländern“,

von den Deutschland „zu Unrecht entzogenen kolonialen Rechten“, von Berufensein der deutschen Wissenschaft zur „hygienischen Eroberung der Tropen“, das geht uns gar nichts an. Das sind alles

nur nationalistische Scheinargumente.

„Wir können uns nicht als vollsouverän betrachten, so lange fremde Mächte die Mandatsgewalt auf dem deutsch-kolonialen Boden ausüben . . .“ (Seite 98.)

Kein Mensch und kein Volk hat das Recht, andere Menschen und andere Völker auszubeuten, sie als bloße Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu benutzen.

Darum gibt es in Wahrheit keinerlei „koloniale Rechte“ und somit auch keinen Rechtsanspruch Deutschlands auf „Wiedereinsetzung in seine kolonialen Rechte“. Und selbst wenn es wahr wäre, daß die „deutsche Lebensnotwendigkeit“ von deutschem Kolonialbesitz abhinge, wie Dix unter Berufung auf Dr. SCHACHT betont (Seite 98), so wäre damit noch nicht erwiesen, daß die deutsche Bevölkerung ein größeres Recht zum Leben hätte als die Bewohner Afrikas.

Aber eigener deutscher Kolonialbesitz ist ja überhaupt keine „deutsche Lebensnotwendigkeit“. Solange in Deutschland selber noch Raum genug vorhanden ist, um 14 Millionen Menschen eine Existenzmöglichkeit in der Landwirtschaft zu beschaffen, so lange dient jede Art Kolonialpropaganda nur der Verschleierung und Vertuschung jener Tatsache und somit der Ablenkung von der lebensnotwendigsten Aufgabe deutscher Wirtschaftspolitik, der

Zerschlagung von deutschem Großgrundeigentum.

Karl Hinkel.